

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version
Eine verpasste Chance

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1975) : Eine verpasste Chance, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 7, pp. 330-

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134833>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Eine verpaßte Chance

Gewiß sollte man im allgemeinen Parteitage in ihrer Bedeutung für das gesellschaftliche Leben nicht überschätzen. Gewiß hatten die Unionsparteien in Mannheim überdies dornige personalpolitische Fragen zu klären. Dennoch bleibt festzustellen: das, was die Bevölkerung von der Opposition erwartet und in einer Situation wie der unsrigen mit Recht erwarten kann, ist man ihr schuldig geblieben. Das erlösende Wort in der Sache fiel nicht. Hier wurde eine Chance verpaßt.

Zwar hat man mit Kritik nach außen nicht gespart. Zwar wurde eine „Neue Soziale Frage“ kreiert. Aber das Publikum will wissen, wie es in der gegenwärtigen Lage, die in Wahrheit eine mittelfristige ist, weitergehen soll. Und dazu besteht in der Tat aller Anlaß.

In einer der stärksten Wirtschaften der Welt, in einem Land mit den wenigsten Streiks und einer nach wie vor beachtlichen Disziplin blieb es den Politikern vorbehalten, die Staatshaushalte in einen Zustand zu manövrieren, der nicht anders denn als ruinös zu bezeichnen ist. Die Politiker haben sich um alles und jedes gekümmert, auch um Dinge, die sie besser den Fachleuten und den selbsttätigen Ordnungskräften einer freiheitlichen Gesellschaft überließe. Ihre ureigene Domäne jedoch, die öffentlichen Finanzen, behandelten sie mit grober Fahrlässigkeit. So konnte das, was ein ruhender Pol im Wechsel der sozialen Gezeiten sein sollte, seinerseits zu einem Hort der Unsicherheit werden. Für 1975 haben wir ein Gesamtdefizit in der Größenordnung von 60 Mrd. DM zu gewärtigen.

Nach welchem Konzept will die Opposition mit dieser Lage fertigwerden? Historische Rückblicke, wie denn alles gekommen sei, sind hier keine Antwort. Darauf hinzuweisen, daß die Regierung am Zuge sei, ist als Information für die Wähler unbefriedigend. Und jetzt die Augen verschließen, um auf einen steuerträchtigen Aufschwung zu warten oder insgeheim gar mit dem Gedanken an spätere Steuererhöhungen zu spielen, müßte den Verdacht nähren, daß man um die einzig wahre Medizin, um die Zurücknahme der aufgeblähten Staatsausgaben nämlich, herumzukommen trachtet und es folglich um die Abkehr von dem alten Sünden-dreieck aus unsolider Finanzpolitik, Überbeschäftigung und Inflation schlecht bestellt ist.

Im gleichen Spital liegt die Sozialpolitik krank. Die Kosten-

explosion in der Sozialen Krankenversicherung, das Defizit der Nürnberger Anstalt schon aus den Zeiten des Arbeitsförderungsgesetzes – um nur dies zu nennen – sind doch keine Gefahren, die erst drohen, sondern längst harte Wirklichkeit. Und das Maß, in dem die Arbeitnehmerinkommen mit Pflichtbeiträgen belastet werden, ist spätestens seit den Erhöhungen von Anfang 1975 voll.

Was hat die Opposition in dieser Sache zu sagen? Wenn die „Neue Soziale Frage“ bedeutet, daß in Zukunft mehr für die Armen in unserer Gesellschaft („Randgruppen“) getan werden soll, so ist das eine löbliche Absichtserklärung; aber schlecht läßt sich auch in der Sozialpolitik ein Loch mit dem anderen stopfen. Wenn nach der brandneuen und teuren Kindergeldregelung nun wieder zusätzlich ein „Erziehungsgeld an nichtberufstätige Mütter“ gezahlt werden soll, kommen Zweifel auf, wie ernst die vielberufene Rationalität des politischen Handelns zu nehmen ist. Und bei der propagierten „Partnerrente“ – gesetzt den Fall, sie wäre sachlich notwendig – stellt sich die Frage, ob die Unionsparteien tatsächlich die Altersversicherung denaturieren wollen.

Alles dies und auch die wiederholte Forderung nach neuen konjunkturpolitischen Spritzen, von denen jedermann wissen sollte, daß sie heute nichts mehr helfen und morgen für die Stabilitätsentwicklung gefährlich sein können, wirft ein grundsätzliches Problem des politischen Verhaltens auf. Der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und klar zu machen, was die Stunde fordert, ist das wirklich so „politisch unmöglich“, wie offenbar angenommen wird? Oder ist nicht umgekehrt die Meinung der Bevölkerung und damit die politische Chance, die sie bietet, besser als ihr Ruf? Die Politiker sollten zu unser aller Nutzen darüber nachdenken.